

1975	Ausgegeben zu Bonn am 8. August 1975	Nr. 93
------	--------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
6. 8. 75	Viertes Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern (Viertes Bundesbesoldungserhöhungsgesetz) 2032-1, 2030-22, 2032-11-2	2089
6. 8. 75	Siebentes Gesetz zur Änderung des Häftlingshilfegesetzes (7. HHAndG) 242-1	2110
Hinweis auf andere Verkündungsblätter		
	Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften	2111

Viertes Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern (Viertes Bundesbesoldungserhöhungsgesetz)

Vom 6. August 1975

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern

§ 1

An die Stelle der Grundgehaltssätze in der Anlage I des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. August 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 1281), zuletzt geändert durch das Zuständigkeitslockerungsgesetz vom 10. März 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 685), treten die Grundgehaltssätze in der Anlage 1 dieses Gesetzes.

§ 2

(1) Im Geltungsbereich des § 49 des Bundesbesoldungsgesetzes werden die nachfolgenden Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) um sechs vom Hundert erhöht:

1. in den Besoldungsgruppen 8 und höher der Besoldungsordnungen B,
2. in den Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen für Hochschullehrer (einschließlich der

Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie der festgesetzten Sondergrundgehälter und Zuschüsse),

3. in Zwischenbesoldungsgruppen der Besoldungsordnungen.

(2) Soweit in landesrechtlichen Vorschriften besondere Grundgehaltssätze (Gehaltssätze, einheitliche Gehaltssätze für die Wahrnehmung mehrerer Ämter) festgelegt sind, werden diese um den in Absatz 1 genannten Vomhundertsatz erhöht. Dies gilt auch für Regelungen über Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen sowie für die auf Grund dieser Regelungen festgesetzten Grundgehaltssätze (Gehaltssätze).

(3) Soweit die bisherigen Sätze mit Beträgen in Besoldungsgruppen der Bundesbesoldungsordnungen A und B übereinstimmen, gelten die Sätze nach Anlage 1 dieses Gesetzes. Im übrigen werden die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) in den Besoldungsgruppen mit Festgehältern mit auf volle Pfennige aufgerundeten Beträgen festgesetzt. Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) in Zwischenbesoldungsgruppen und anderen Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern werden in der Weise festgesetzt, daß das Endgrundgehalt auf volle Pfennigbeträge aufgerundet wird und die übrigen Grund-

gehaltssätze durch den Abzug einer einheitlichen Dienstalterszulage ermittelt werden, die um den in Absatz 1 genannten Vomhundertsatz erhöht und auf volle Pfennigbeträge abgerundet worden ist. Soweit für Zwischenbesoldungsgruppen mehrere der Höhe nach unterschiedliche Dienstaltersstufen bestehen, ist entsprechend zu verfahren.

§ 3

(1) Die Gehaltssätze einschließlich der ruhegehaltfähigen Zulagen im Gesetz über die Amtsbezüge der Richter und Staatsanwälte des Landes Hessen vom 4. März 1970 (Gesetz- und Verordnungsblatt I S. 201) in der Fassung des Dritten Gesetzes über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern vom 26. Juli 1974 (Bundesgesetzblatt I S. 1557) werden um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht.

(2) § 2 Abs. 3 gilt entsprechend.

§ 4

(1) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsordnungen des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde liegt, treten an die Stelle der Sätze der Grundgehälter in der Anlage I des Bundesbesoldungsgesetzes die Sätze in der Anlage 1 dieses Gesetzes.

(2) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach landesrechtlichen Regelungen im Sinne des § 2 oder § 3 zugrunde liegt, treten an die Stelle der bisherigen Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) die nach § 2 oder § 3 erhöhten Sätze.

(3) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach einer früheren Besoldungsregelung zugrunde liegt, werden die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht.

(4) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Grundvergütung sowie ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, wird die Grundvergütung um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht.

(5) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz nicht zugrunde liegt, und Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden um 5,8 vom Hundert erhöht.

§ 5

(1) An die Stelle der Sätze des Ortszuschlages in der Anlage II des Bundesbesoldungsgesetzes treten die Sätze in der Anlage 2 dieses Gesetzes.

(2) Absatz 1 gilt für die Sätze des Ortszuschlages in der Anlage II des in § 3 Abs. 1 genannten Gesetzes entsprechend.

(3) In § 12 Abs. 2 Satz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes werden die Worte „zweihundertneundneunzig“ und „zweihundertachtundsiebzig“ ersetzt durch die Worte „dreihundertsiebzehn“ und „zweihundertfünfneunzig“.

§ 6

An die Stelle der Sätze der Auslandszulage in der Anlage III des Bundesbesoldungsgesetzes treten die Sätze der Anlage 3 dieses Gesetzes.

§ 7

An die Stelle der Sätze der Zulage in der Anlage VIII des Bundesbesoldungsgesetzes treten die Sätze der Anlage 4 dieses Gesetzes.

§ 8

Der durchschnittliche Hundertsatz der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge im Sinne des Artikels VII § 1 Abs. 3 des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern vom 23. Mai 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 1173) wird für das Vierte Bundesbesoldungserhöhungsgesetz auf 5,8 vom Hundert und für das Siebente Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften (Dienstrechtlicher Teil des Familienlastenausgleichs) vom 20. Dezember 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 3716) auf 0,5 vom Hundert festgestellt.

Artikel II

Einmalige Zahlung

§ 1

(1) Eine einmalige Zahlung erhalten die am 1. April 1975 vorhandenen Empfänger von Dienstbezügen (§§ 1, 49 des Bundesbesoldungsgesetzes), die

1. in der Zeit vom 1. Januar 1975 bis 30. April 1975 bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn (§ 7 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes) in einem hauptberuflichen Dienst- oder Arbeitsverhältnis oder einem Ausbildungsverhältnis gestanden und
2. für mindestens einen Tag im Monat April 1975 Dienstbezüge erhalten

haben.

(2) Die Voraussetzungen des Absatzes 1 Nr. 1 gelten auch als erfüllt, wenn ein am 1. April 1975 vorhandener Berechtigter vor dem 1. Mai 1975 aus einem von ihm nicht zu vertretenden Grunde ausscheidet. Satz 1 gilt entsprechend, wenn eine Berechtigte wegen Schwangerschaft oder Niederkunft ausscheidet.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten für Empfänger von Amtsbezügen entsprechend.

§ 2

(1) Die einmalige Zahlung beträgt für Empfänger von Dienst- oder Amtsbezügen einhundert Deutsche Mark.

(2) Teilzeitbeschäftigte Empfänger von Dienst- oder Amtsbezügen erhalten den Teil der einmaligen Zahlung, der dem Verhältnis der ermäßigten zur regelmäßigen Arbeitszeit entspricht.

(3) Beamte, die durch das Amt nicht voll in Anspruch genommen sind, erhalten die einmalige Zahlung zu dem Teil, der dem Maß der Inanspruchnahme durch das Amt entspricht.

(4) Beurlaubte Empfänger von Dienst- oder Amtsbezügen erhalten die einmalige Zahlung zu dem Teil, der dem Verhältnis der während der Beurlaubung gewährten Dienstbezüge zu den vollen Dienstbezügen entspricht.

(5) Gehört der dienstliche Wohnsitz eines Berechtigten zu einem anderen Währungsgebiet als dem der Deutschen Mark, so findet § 2 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechende Anwendung.

(6) Maßgebend für die Fälle der Absätze 2 bis 5 sind die Verhältnisse am 1. April 1975.

§ 3

(1) Eine einmalige Zahlung erhalten die am 1. April 1975 vorhandenen

1. Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen (Artikel I § 4 Abs. 1 bis 4) in Höhe des Betrages, der sich nach dem jeweils maßgeblichen Ruhegehaltssatz und den Anteilssätzen des Witwen- und Waisengeldes sowie des Unterhaltsbeitrages aus dem Betrag von einhundert Deutsche Mark ergibt,
2. Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen im Sinne des Artikels I § 4 Abs. 5 in Höhe von sechzig Deutsche Mark, Witwen und versorgungsberechtigte geschiedene Ehefrauen in Höhe von sechsunddreißig Deutsche Mark, Empfänger von Vollwaisengeld in Höhe von zwölf Deutsche Mark und Empfänger von Halbwaisengeld in Höhe von sieben Deutsche Mark,

wenn sie für den Monat April 1975 laufende Versorgungsbezüge erhalten haben.

(2) Absatz 1 Nr. 1 gilt entsprechend für Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen, deren Berechnung Amtsbezügen zugrunde liegen.

§ 4

(1) Die einmalige Zahlung wird für jeden Berechtigten nur einmal gewährt.

(2) Bei mehreren Dienstverhältnissen geht der Anspruch aus dem zuletzt begründeten Dienstverhältnis vor. Der Anspruch aus einem Dienstverhältnis geht dem Anspruch aus dem Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor.

(3) Der Anspruch aus einem späteren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger geht dem Anspruch aus einem früheren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor.

(4) Ruhens- und Anrechnungsvorschriften sowie Vorschriften über die anteilige Kürzung finden keine Anwendung.

(5) Im Sinne der Absätze 1 bis 4 stehen der einmaligen Zahlung entsprechende Leistungen aus einem anderen Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst (§ 158 Abs. 5 des Bundesbeamtengesetzes oder entsprechende Vorschriften) der einmaligen

Zahlung nach diesen Vorschriften gleich, auch wenn die Regelungen im einzelnen nicht übereinstimmen.

(6) Ist nach Anwendung der Absätze 1 bis 5 einem Anspruchsberechtigten aus dem vorgehenden Rechtsverhältnis ein geringerer Betrag zu zahlen, als ihm aus einem nachrangigen Rechtsverhältnis zustehen würde, ist ihm der Unterschied aus dem anderen Rechtsverhältnis zu zahlen.

Artikel III

Anderung des Gesetzes zur Regelung besonderer dienstrechtlicher Fragen der Bediensteten in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik

An die Stelle der Sätze der Zulage in der Anlage 2 des Gesetzes zur Regelung besonderer dienstrechtlicher Fragen der Bediensteten in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. Juni 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 1273), geändert durch das Dritte Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern vom 26. Juli 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 1557), treten die Sätze der Anlage 5 dieses Gesetzes.

Artikel IV

Anderung des 2. BesVNG

Das Zweite Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern vom 23. Mai 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 1173) wird wie folgt geändert:

1. In Artikel I § 39 Abs. 2 werden die Zahlen „311“ und „290“ ersetzt durch die Zahlen „330“ und „308“.
2. in Artikel I § 49 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Abgeltung der den Gerichtsvollziehern für die Verpflichtung zur Einrichtung und Unterhaltung eines Büros entstehenden Kosten zu regeln. Die Ermächtigung kann auf den zuständigen Minister übertragen werden.“
3. in Artikel I § 62 Abs. 2 wird das Wort „zweiundfünfzig“ ersetzt durch das Wort „dreiundsechzig“.
4. in Artikel I wird die Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B) wie folgt geändert:
 - a) in der Vorbemerkung Nummer 2 Abs. 1 werden die Worte „Bundesanstalt für Bodenforschung“ durch die Worte „Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe“ ersetzt,
 - b) in der Fußnote ⁴⁾ zur Besoldungsgruppe B 2 und der Fußnote ¹³⁾ zur Besoldungsgruppe B 3 werden jeweils hinter den Worten „für“

die Worte „Leitende Ministerialräte in der Besoldungsgruppe B 3 und für“ eingefügt,

- c) die Fußnote ⁶⁾ zur Besoldungsgruppe B 2 und die Fußnote ¹⁶⁾ zur Besoldungsgruppe B 3 erhalten folgenden Wortlaut:

„a) In Berlin darf die Zahl der Planstellen für Leitende Senatsräte in der Besoldungsgruppe B 3 und für Senatsräte in den Besoldungsgruppen B 2 und B 3 zusammen 60 vom Hundert der Gesamtzahl der für Leitende Senatsräte in der Besoldungsgruppe B 3 und für Senatsräte ausgebrachten Planstellen nicht überschreiten.

b) In Bremen darf die Zahl der Planstellen für Senatsräte in den Besoldungsgruppen B 2 und B 3 zusammen 60 vom Hundert der Gesamtzahl der für Senatsräte ausgebrachten Planstellen nicht überschreiten.“

- d) in der Besoldungsgruppe B 3 werden die Amtsbezeichnung „Leitender Ministerialrat — bei einer obersten Landesbehörde — ²⁰⁾“ ersetzt durch die Amtsbezeichnung

„Leitender Ministerialrat ¹³⁾

— bei einer obersten Landesbehörde (ausgenommen Stadtstaaten)

als Leiter einer Abteilung, ²⁰⁾

als Leiter einer Unterabteilung oder als Leiter einer auf Dauer eingerichteten Gruppe von Referaten, ²⁰⁾

als der ständige Vertreter eines Abteilungsleiters, soweit kein Unterabteilungsleiter oder Gruppenleiter vorhanden ist — ²⁰⁾“,

die Amtsbezeichnung

„Leitender Senatsrat ¹⁶⁾

— in Berlin bei einer obersten Landesbehörde

als Leiter einer Abteilung, ²⁰⁾

als Leiter einer Unterabteilung, ²⁰⁾

als der ständige Vertreter eines Abteilungsleiters, soweit kein Unterabteilungsleiter vorhanden ist — ²⁰⁾“

eingefügt,

die Fußnote ²⁰⁾ wie folgt neu gefaßt:

„²⁰⁾ Soweit die Funktion nicht einem in eine höhere oder niedrigere Besoldungsgruppe eingestuftem Amt zugeordnet ist.“

- e) in den Besoldungsgruppen B 3 und B 4 werden jeweils bei der Amtsbezeichnung „Regierungsvizepräsident“ hinter dem Wort „Regierungspräsidenten“ in der Funktionsbezeichnung die Worte „oder Präsidenten eines Niedersächsischen Verwaltungsbezirks“ eingefügt,

- f) in der Besoldungsgruppe B 4 werden bei der Amtsbezeichnung „Senatsdirektor“ die

Worte „B 6 oder“ in der Funktionsbezeichnung gestrichen,

- g) in der Besoldungsgruppe B 6 werden die Worte „Vizepräsident des Bundeskriminalamtes“ durch die Worte „Vizepräsident beim Bundeskriminalamt“ ersetzt,

- h) in der Besoldungsgruppe B 7 werden die Worte „Präsident und Professor der Bundesanstalt für Bodenforschung“ durch die Worte „Präsident und Professor der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe“ ersetzt,

- i) in der Besoldungsgruppe B 9 wird in der Fußnote ⁵⁾ das Wort „Erhält“ durch die Worte „Der beim Inkrafttreten dieses Gesetzes im Amt befindliche Stelleninhaber erhält“ ersetzt,

5. in Artikel I Anlage II (Bundesbesoldungsordnung C) Vorbemerkung Nr. 1 werden in Absatz 1 die Zahl „1 226“ durch die Zahl „1 300“ und in Absatz 2 die Zahl „613“ durch die Zahl „650“ ersetzt,

6. in Artikel I Anlage II (Bundesbesoldungsordnung C) Vorbemerkung Nr. 2 werden in Absatz 1 die Zahlen „2 082“ und „1 714“ durch die Zahlen „2 207“ und „1 817“ sowie in Absatz 2 die Zahl „1 041“ durch die Zahl „1 103“ ersetzt,

7. an die Stelle der Grundgehaltssätze in Artikel I Anlage IV treten die Grundgehaltssätze in der Anlage 6 dieses Gesetzes,

8. an die Stelle der Sätze des Ortszuschlages in Artikel I Anlage V treten die Sätze in der Anlage 7 dieses Gesetzes,

9. an die Stelle der Sätze des Auslandszuschlages in Artikel I Anlagen VI a bis VI e und des Auslandskinderzuschlages in Artikel I Anlage VI f treten die Sätze in den Anlagen 8 a bis 8 f dieses Gesetzes,

10. an die Stelle der Sätze der Zulage in Artikel I Anlage VII treten die Sätze in der Anlage 9 dieses Gesetzes,

11. an die Stelle der Sätze des Anwärtergrundbetrages und des Anwärterverheiratetenzuschlages in Artikel I Anlage VIII treten die Sätze in der Anlage 10 dieses Gesetzes,

12. in Artikel X § 5 Abs. 4 Buchstabe b werden die Zahlen „613“ und „1 226“ durch die Zahlen „650“ und „1 300“ ersetzt.

Artikel V

Schlußvorschriften

§ 1

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 2

Überleitungen

Der Bundesminister des Innern wird ermächtigt, die nach Artikel IV Nr. 4 dieses Gesetzes unmittelbar eintretenden Änderungen von Amtsbezeichnungen in einer Überleitungsübersicht festzustellen.

§ 3

Soweit die einmalige Zahlung nach Artikel II dieses Gesetzes bis zum Tage der Verkündung dieses Gesetzes auch an Empfänger von Dienstbezügen geleistet worden ist, die für den Monat April 1975 des-

halb keinen Anspruch auf Dienstbezüge hatten, weil sie zur Ableistung des Wehrdienstes oder des Zivildienstes einberufen oder als Sanitätsoffizier-Anwärter ohne Geld- und Sachbezüge beurlaubt worden waren, verbleibt es dabei.

§ 4

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1975 in Kraft. Abweichend von Satz 1 treten Artikel I § 8 und Artikel IV mit Wirkung vom 1. Juli 1975 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 6. August 1975

Für den Bundespräsidenten
Der Präsident des Bundesrates
Kubel

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister des Innern
Maihofer

Der Bundesminister der Finanzen
Hans Apel

Anlage 1

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsordnung A

Besoldungs- gruppe	Orts- zuschlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe							
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	II	670,03	694,27	718,51	742,75	766,99	791,23	815,47	839,71
2		713,31	737,55	761,79	786,03	810,27	834,51	858,75	882,99
3		768,58	794,18	819,78	845,38	870,98	896,58	922,18	947,78
4		800,01	829,62	859,23	888,84	918,45	948,06	977,67	1 007,28
5		830,26	864,01	897,76	931,51	965,26	999,01	1 032,76	1 066,51
6		882,65	917,64	952,63	987,62	1 022,61	1 057,60	1 092,59	1 127,58
7		958,60	993,59	1 028,58	1 063,57	1 098,56	1 133,55	1 168,54	1 203,53
8		1 006,85	1 049,97	1 093,09	1 136,21	1 179,33	1 222,45	1 265,57	1 308,69
9	I c	1 133,58	1 178,07	1 222,56	1 267,05	1 312,36	1 361,74	1 411,12	1 460,50
10		1 244,15	1 305,48	1 366,81	1 428,14	1 489,47	1 550,80	1 612,13	1 673,46
11		1 449,51	1 512,35	1 575,19	1 638,03	1 700,87	1 763,71	1 826,55	1 889,39
12		1 578,67	1 653,60	1 728,53	1 803,46	1 878,39	1 953,32	2 028,25	2 103,18
13	I b	1 788,90	1 869,79	1 950,68	2 031,57	2 112,46	2 193,35	2 274,24	2 355,13
14		1 841,21	1 946,10	2 050,99	2 155,88	2 260,77	2 365,66	2 470,55	2 575,44
15		2 076,19	2 191,49	2 306,79	2 422,09	2 537,39	2 652,69	2 767,99	2 883,29
16		2 307,74	2 441,08	2 574,42	2 707,76	2 841,10	2 974,44	3 107,78	3 241,12

Besoldungsordnung B

Besoldungs- gruppe	Orts- zuschlag Tarifklasse	DM
1	I b	3 690,39
2		4 376,86
3	I a	4 579,19
4		4 883,56
5		5 232,75
6		5 562,49
7		5 883,24
8		6 217,58
9		6 632,70
10		7 921,77
11		8 648,75

Anlage 1

Dienstaltersstufe							Dienstalterszulage
9	10	11	12	13	14	15	
863,95							24,24
907,23	931,47						24,24
973,38	998,98						25,60
1 036,89	1 066,50						29,61
1 100,26	1 134,01						33,75
1 162,57	1 197,56	1 232,55					34,99
1 238,52	1 273,51	1 308,50	1 344,78	1 383,61			34,99/36,28/38,83
1 354,03	1 401,88	1 449,73	1 497,58	1 545,43			43,12/45,34/47,85
1 509,88	1 559,26	1 608,64	1 658,02	1 707,40			44,49/45,31/49,38
1 734,79	1 796,12	1 857,45	1 918,78	1 980,11			61,33
1 952,23	2 015,07	2 077,91	2 140,75	2 203,59	2 266,43		62,84
2 178,11	2 253,04	2 327,97	2 402,90	2 477,83	2 552,76		74,93
2 436,02	2 516,91	2 597,80	2 678,69	2 759,58	2 840,47		80,89
2 680,33	2 785,22	2 890,11	2 995,00	3 099,89	3 204,78		104,89
2 998,59	3 113,89	3 229,19	3 344,49	3 459,79	3 575,09	3 690,39	115,30
3 374,46	3 507,80	3 641,14	3 774,48	3 907,82	4 041,16	4 174,50	133,34

Anlage 2

Ortszuschlag
(Monatsbeträge in DM)

Tarifklasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind	Stufe 4 2 Kinder
I a	B 3 bis B 11	564,19	670,66	747,66	821,25
I b	B 1 und B 2 A 13 bis A 16	475,94	581,24	658,24	731,83
I c	A 9 bis A 12	422,99	513,59	590,59	664,18
II	A 1 bis A 8	394,16	486,53	563,53	637,12

Bei mehr als sechs Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 80,60 DM.

Anlage 2

Stufe 5 3 Kinder	Stufe 6 4 Kinder	Stufe 7 5 Kinder	Stufe 8 6 Kinder
855,39	920,10	984,81	1 065,41
765,97	830,68	895,39	975,99
698,32	763,03	827,74	908,34
671,26	735,97	800,68	881,28

Anlage 3

Auslandszulage (§ 25)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Zone									
	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
A 1 bis A 4	695	755	825	960	1 030	1 090	1 225	1 360	1 490	1 630
A 5 / A 6	745	825	900	1 040	1 115	1 190	1 325	1 465	1 605	1 735
A 7 / A 8	815	885	970	1 120	1 200	1 280	1 435	1 570	1 705	1 840
A 9	880	965	1 055	1 210	1 290	1 380	1 535	1 690	1 820	1 955
A 10	960	1 055	1 145	1 305	1 400	1 485	1 665	1 820	1 955	2 090
A 11	1 040	1 140	1 235	1 405	1 505	1 605	1 790	1 955	2 090	2 220
A 12	1 125	1 225	1 335	1 505	1 610	1 715	1 915	2 090	2 220	2 355
A 13	1 200	1 315	1 435	1 605	1 715	1 830	2 040	2 220	2 355	2 485
A 14	1 280	1 400	1 515	1 705	1 820	1 945	2 175	2 355	2 485	2 615
A 15	1 355	1 480	1 610	1 800	1 925	2 055	2 290	2 485	2 615	2 750
A 16 bis B 4	1 430	1 560	1 690	1 885	2 015	2 155	2 400	2 595	2 725	2 850
B 5 bis B 7	1 500	1 640	1 780	1 985	2 115	2 260	2 520	2 725	2 850	2 985
B 8 und höher	1 585	1 725	1 870	2 080	2 225	2 370	2 645	2 850	2 985	3 120

Anlage 4

**Zulage für die Beamten in der Ständigen Vertretung der
Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen
Republik**

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe 1 (verheiratete Beamte mit gemeinsamem Wohnsitz im Amts- bereich der Ständigen Vertretung)	Stufe 2 (sonstige Beamte)
A 1	685	615
A 2	695	615
A 3	705	625
A 4	730	635
A 5	830	715
A 6	845	730
A 7	935	810
A 8	960	820
A 9	1 085	915
A 10	1 225	1 030
A 11	1 375	1 145
A 12	1 570	1 290
A 13	1 650	1 360
A 14	1 785	1 475
A 15	2 005	1 640
A 16	2 200	1 770
B 3	2 270	1 770
B 6	2 560	1 965
B 9 und höher	2 880	2 155

Zur Stufe 2 gehören auch verheiratete Beamte, die mit ihrem Ehegatten keinen gemeinsamen Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung haben oder deren Ehegatte ebenfalls einen Anspruch nach § 30 a Abs. 1 oder entsprechenden für Arbeitnehmer geltenden Regelungen hat.

Zulage nach Artikel IV des Gesetzes zur Regelung besonderer dienstrechtlicher Fragen der Bediensteten in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik

Besoldungsgruppe	Monatsbeträge in DM
A 1	340
A 2	340
A 3	365
A 4	385
A 5	415
A 6	435
A 7	445
A 8	470
A 9	530
A 10	590
A 11	645
A 12	715
A 13	800
A 14	835
A 15	975
A 16	1 120
B 3	1 350
B 6	1 590

Anlage 6

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

1. Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungs- gruppe	Orts- zuschlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe							
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	II	670,03	694,27	718,51	742,75	766,99	791,23	815,47	839,71
2		713,31	737,55	761,79	786,03	810,27	834,51	858,75	882,99
3		768,58	794,18	819,78	845,38	870,98	896,58	922,18	947,78
4		800,01	829,62	859,23	888,84	918,45	948,06	977,67	1 007,28
5		830,26	864,01	897,76	931,51	965,26	999,01	1 032,76	1 066,51
6		882,65	917,64	952,63	987,62	1 022,61	1 057,60	1 092,59	1 127,58
7		958,60	993,59	1 028,58	1 063,57	1 098,56	1 133,55	1 168,54	1 203,53
8		1 006,85	1 049,97	1 093,09	1 136,21	1 179,33	1 222,45	1 265,57	1 308,69
9	I c	1 133,58	1 178,07	1 222,56	1 267,05	1 312,36	1 361,74	1 411,12	1 460,50
10		1 244,15	1 305,48	1 366,81	1 428,14	1 489,47	1 550,80	1 612,13	1 673,46
11		1 449,51	1 512,35	1 575,19	1 638,03	1 700,87	1 763,71	1 826,55	1 889,39
12		1 578,67	1 653,60	1 728,53	1 803,46	1 878,39	1 953,32	2 028,25	2 103,18
13	I b	1 788,90	1 869,79	1 950,68	2 031,57	2 112,46	2 193,35	2 274,24	2 355,13
14		1 841,21	1 946,10	2 050,99	2 155,88	2 260,77	2 365,66	2 470,55	2 575,44
15		2 076,19	2 191,49	2 306,79	2 422,09	2 537,39	2 652,69	2 767,99	2 883,29
16		2 307,74	2 441,08	2 574,42	2 707,76	2 841,10	2 974,44	3 107,78	3 241,12

2. Bundesbesoldungsordnung B

Besoldungs- gruppe	Orts- zuschlag Tarifklasse	DM
1	I b	3 690,39
2		4 376,86
3	I a	4 579,19
4		4 883,56
5		5 232,75
6		5 562,49
7		5 883,24
8		6 217,58
9		6 632,70
10		7 921,77
11		8 648,75

Anlage 6

Dienstaltersstufe							Dienstalterszulage
9	10	11	12	13	14	15	
863,95							24,24
907,23	931,47						24,24
973,38	998,98						25,60
1 036,89	1 066,50						29,61
1 100,26	1 134,01						33,75
1 162,57	1 197,56	1 232,55					34,99
1 238,52	1 273,51	1 308,50	1 344,78	1 383,61			34,99/36,28/38,83
1 354,03	1 401,88	1 449,73	1 497,58	1 545,43			43,12/45,34/47,85
1 509,88	1 559,26	1 608,64	1 658,02	1 707,40			44,49/45,31/49,38
1 734,79	1 796,12	1 857,45	1 918,78	1 980,11			61,33
1 952,23	2 015,07	2 077,91	2 140,75	2 203,59	2 266,43		62,84
2 178,11	2 253,04	2 327,97	2 402,90	2 477,83	2 552,76		74,93
2 436,02	2 516,91	2 597,80	2 678,69	2 759,58	2 840,47		80,89
2 680,33	2 785,22	2 890,11	2 995,00	3 099,89	3 204,78		104,89
2 998,59	3 113,89	3 229,19	3 344,49	3 459,79	3 575,09	3 690,39	115,30
3 374,46	3 507,80	3 641,14	3 774,48	3 907,82	4 041,16	4 174,50	133,34

3. Bundesbesoldungsordnung C

Besoldungs- gruppe	Orts- zuschlag Tarifklasse							
		Stufe 1			Stufe 2			
		Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
C 1	I b	2 365,66						
C 2	I b	1 839,73	1 971,92	2 104,11	2 236,30	2 368,49	2 500,68	2 632,87
C 3		2 079,26	2 228,92	2 378,58	2 528,24	2 677,90	2 827,56	2 977,22
C 4	I a	2 693,06	2 843,50	2 993,94	3 144,38	3 294,82	3 445,26	3 595,70

4. Bundesbesoldungsordnung R

Besoldungs- gruppe	Orts- zuschlag Tarifklasse	Stufe	1	2	3	4	5	6
		Lebens- alter	31	33	35	37	39	41
R 1	I b		2 317,94	2 482,66	2 647,38	2 812,10	2 976,82	3 141,54
R 2			2 712,10	2 876,82	3 041,54	3 206,26	3 370,98	3 535,70

R 3	I a	4 579,19
R 4		4 883,56
R 5		5 232,75
R 6		5 562,49
R 7		5 883,24
R 8		6 217,58
R 9		6 632,70
R 10		8 289,25

2 470,55								Stufe 3		2 575,44	
Dienstaltersstufe								Dienstalters-			
8	9	10	11	12	13	14	15	zulage			
2 765,06	2 897,25	3 029,44	3 161,63	3 293,82	3 426,01	3 558,20	3 690,39	132,19			
3 126,88	3 276,54	3 426,20	3 575,86	3 725,52	3 875,18	4 024,84	4 174,50	149,66			
3 746,14	3 896,58	4 047,02	4 197,46	4 347,90	4 498,34	4 648,78	4 799,22	150,44			

7	8	9	10	Lebensalters-
43	45	47	49	
3 306,26	3 470,98	3 635,70	3 800,42	164,72
3 700,42	3 865,14	4 029,86	4 194,58	164,72

Anlage 7

Ortszuschlag
(Monatsbeträge in DM)

Tarifklasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind	Stufe 4 2 Kinder
I a	B 3 bis B 11 C 4 R 3 bis R 10	564,19	670,66	747,66	821,25
I b	B 1 und B 2 A 13 bis A 16 C 1 bis C 3 R 1 und R 2	475,94	581,24	658,24	731,83
I c	A 9 bis A 12	422,99	513,59	590,59	664,18
II	A 1 bis A 8	394,16	486,53	563,53	637,12

Bei mehr als sechs Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 80,60 DM.

Anlage 8 a

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	639	767	895	1 023	1 151	1 279	1 407	1 535	1 663	1 791	1 919	2 047
A 5 bis A 6	733	869	1 005	1 141	1 277	1 413	1 549	1 685	1 821	1 957	2 093	2 229
A 7 bis A 8	830	979	1 128	1 277	1 426	1 575	1 724	1 873	2 022	2 171	2 320	2 469
A 9	980	1 140	1 300	1 460	1 620	1 780	1 940	2 100	2 260	2 420	2 580	2 740
A 10	1 112	1 279	1 446	1 613	1 780	1 947	2 114	2 281	2 448	2 615	2 782	2 949
A 11	1 223	1 399	1 575	1 751	1 927	2 103	2 279	2 455	2 631	2 807	2 983	3 159
A 12	1 360	1 545	1 730	1 915	2 100	2 285	2 470	2 655	2 840	3 025	3 210	3 395
A 13	1 498	1 692	1 886	2 080	2 274	2 468	2 662	2 856	3 050	3 244	3 438	3 632
A 14	1 627	1 826	2 025	2 224	2 423	2 622	2 821	3 020	3 219	3 418	3 617	3 816
A 15	1 816	2 030	2 244	2 458	2 672	2 886	3 100	3 314	3 528	3 742	3 956	4 170
A 16 bis B 2	1 957	2 186	2 415	2 644	2 873	3 102	3 331	3 560	3 789	4 018	4 247	4 476
B 3 bis B 4	1 987	2 231	2 475	2 719	2 963	3 207	3 451	3 695	3 939	4 183	4 427	4 671
B 5 bis B 7	2 207	2 476	2 745	3 014	3 283	3 552	3 821	4 090	4 359	4 628	4 897	5 166
B 8 und höher	2 414	2 722	3 030	3 338	3 646	3 954	4 262	4 570	4 878	5 186	5 494	5 802

Anlage 7

Stufe 5 3 Kinder	Stufe 6 4 Kinder	Stufe 7 5 Kinder	Stufe 8 6 Kinder
855,39	920,10	984,81	1 065,41
765,97	830,68	895,39	975,99
698,32	763,03	827,74	908,34
671,26	735,97	800,68	881,28

Anlage 8 b

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	543	652	761	870	979	1 088	1 197	1 306	1 415	1 524	1 633	1 742
A 5 bis A 6	623	739	855	971	1 087	1 203	1 319	1 435	1 551	1 667	1 783	1 899
A 7 bis A 8	706	833	960	1 087	1 214	1 341	1 468	1 595	1 722	1 849	1 976	2 103
A 9	833	969	1 105	1 241	1 377	1 513	1 649	1 785	1 921	2 057	2 193	2 329
A 10	945	1 087	1 229	1 371	1 513	1 655	1 797	1 939	2 081	2 223	2 365	2 507
A 11	1 040	1 190	1 340	1 490	1 640	1 790	1 940	2 090	2 240	2 390	2 540	2 690
A 12	1 156	1 313	1 470	1 627	1 784	1 941	2 098	2 255	2 412	2 569	2 726	2 883
A 13	1 273	1 438	1 603	1 768	1 933	2 098	2 263	2 428	2 593	2 758	2 923	3 088
A 14	1 383	1 552	1 721	1 890	2 059	2 228	2 397	2 566	2 735	2 904	3 073	3 242
A 15	1 544	1 726	1 908	2 090	2 272	2 454	2 636	2 818	3 000	3 182	3 364	3 546
A 16 bis B 2	1 663	1 858	2 053	2 248	2 443	2 638	2 833	3 028	3 223	3 418	3 613	3 808
B 3 bis B 4	1 689	1 896	2 103	2 310	2 517	2 724	2 931	3 138	3 345	3 552	3 759	3 966
B 5 bis B 7	1 876	2 105	2 334	2 563	2 792	3 021	3 250	3 479	3 708	3 937	4 166	4 395
B 8 und höher	2 052	2 314	2 576	2 838	3 100	3 362	3 624	3 886	4 148	4 410	4 672	4 934

Anlage 8 c

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	447	537	627	717	807	897	987	1 077	1 167	1 257	1 347	1 437
A 5 bis A 6	513	608	703	798	893	988	1 083	1 178	1 273	1 368	1 463	1 558
A 7 bis A 8	581	685	789	893	997	1 101	1 205	1 309	1 413	1 517	1 621	1 725
A 9	686	798	910	1 022	1 134	1 246	1 358	1 470	1 582	1 694	1 806	1 918
A 10	778	895	1 012	1 129	1 246	1 363	1 480	1 597	1 714	1 831	1 948	2 065
A 11	856	979	1 102	1 225	1 348	1 471	1 594	1 717	1 840	1 963	2 086	2 209
A 12	952	1 082	1 212	1 342	1 472	1 602	1 732	1 862	1 992	2 122	2 252	2 382
A 13	1 049	1 185	1 321	1 457	1 593	1 729	1 865	2 001	2 137	2 273	2 409	2 545
A 14	1 139	1 278	1 417	1 556	1 695	1 834	1 973	2 112	2 251	2 390	2 529	2 668
A 15	1 271	1 421	1 571	1 721	1 871	2 021	2 171	2 321	2 471	2 621	2 771	2 921
A 16 bis B 2	1 370	1 530	1 690	1 850	2 010	2 170	2 330	2 490	2 650	2 810	2 970	3 130
B 3 bis B 4	1 391	1 562	1 733	1 904	2 075	2 246	2 417	2 588	2 759	2 930	3 101	3 272
B 5 bis B 7	1 545	1 733	1 921	2 109	2 297	2 485	2 673	2 861	3 049	3 237	3 425	3 613
B 8 und höher	1 690	1 906	2 122	2 338	2 554	2 770	2 986	3 202	3 418	3 634	3 850	4 066

Anlage 8 d

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

— Gemeinschaftsunterkunft und Gemeinschaftsverpflegung —

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	313	376	439	502	565	628	691	754	817	880	943	1 006
A 5 bis A 6	359	426	493	560	627	694	761	828	895	962	1 029	1 096
A 7 bis A 8	407	480	553	626	699	772	845	918	991	1 064	1 137	1 210
A 9	480	558	636	714	792	870	948	1 026	1 104	1 182	1 260	1 338
A 10	545	627	709	791	873	955	1 037	1 119	1 201	1 283	1 365	1 447
A 11	599	685	771	857	943	1 029	1 115	1 201	1 287	1 373	1 459	1 545
A 12	666	757	848	939	1 030	1 121	1 212	1 303	1 394	1 485	1 576	1 667
A 13	734	829	924	1 019	1 114	1 209	1 304	1 399	1 494	1 589	1 684	1 779
A 14	797	894	991	1 088	1 185	1 282	1 379	1 476	1 573	1 670	1 767	1 864
A 15	890	995	1 100	1 205	1 310	1 415	1 520	1 625	1 730	1 835	1 940	2 045
A 16 bis B 2	959	1 071	1 183	1 295	1 407	1 519	1 631	1 743	1 855	1 967	2 079	2 191
B 3 bis B 4	974	1 094	1 214	1 334	1 454	1 574	1 694	1 814	1 934	2 054	2 174	2 294
B 5 bis B 7	1 082	1 214	1 346	1 478	1 610	1 742	1 874	2 006	2 138	2 270	2 402	2 534
B 8 und höher	1 183	1 334	1 485	1 636	1 787	1 938	2 089	2 240	2 391	2 542	2 693	2 844

Anlage 8 e

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

— Gemeinschaftsunterkunft oder Gemeinschaftsverpflegung —

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	380	456	532	608	684	760	836	912	988	1 064	1 140	1 216
A 5 bis A 6	436	517	598	679	760	841	922	1 003	1 084	1 165	1 246	1 327
A 7 bis A 8	494	582	670	758	846	934	1 022	1 110	1 198	1 286	1 374	1 462
A 9	583	678	773	868	963	1 058	1 153	1 248	1 343	1 438	1 533	1 628
A 10	661	760	859	958	1 057	1 156	1 255	1 354	1 453	1 552	1 651	1 750
A 11	728	833	938	1 043	1 148	1 253	1 358	1 463	1 568	1 673	1 778	1 883
A 12	809	920	1 031	1 142	1 253	1 364	1 475	1 586	1 697	1 808	1 919	2 030
A 13	892	1 008	1 124	1 240	1 356	1 472	1 588	1 704	1 820	1 936	2 052	2 168
A 14	968	1 086	1 204	1 322	1 440	1 558	1 676	1 794	1 912	2 030	2 148	2 266
A 15	1 080	1 208	1 336	1 464	1 592	1 720	1 848	1 976	2 104	2 232	2 360	2 488
A 16 bis B 2	1 165	1 301	1 437	1 573	1 709	1 845	1 981	2 117	2 253	2 389	2 525	2 661
B 3 bis B 4	1 182	1 327	1 472	1 617	1 762	1 907	2 052	2 197	2 342	2 487	2 632	2 777
B 5 bis B 7	1 313	1 473	1 633	1 793	1 953	2 113	2 273	2 433	2 593	2 753	2 913	3 073
B 8 und höher	1 437	1 621	1 805	1 989	2 173	2 357	2 541	2 725	2 909	3 093	3 277	3 461

Anlage 8 f

Auslandskinderzuschlag (§ 56)

(Monatsbeträge in DM je Kind)

Besoldungs- gruppe	Stufe des Auslandszuschlags											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 16 B 1 bis B 11	122	140	158	176	194	212	230	248	266	284	302	320

Dieser Betrag erhöht sich für das erste Kind um 50 DM,
 für das zweite Kind um 70 DM,
 für das dritte und jedes weitere Kind um 120 DM.

Anlage 9

**Zulage für die Beamten in der Ständigen Vertretung der
Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen
Republik**

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe 1 (verheiratete Beamte mit gemeinsamem Wohnsitz im Amts- bereich der Ständigen Vertretung)	Stufe 2 (sonstige Beamte)
A 1	685	615
A 2	695	615
A 3	705	625
A 4	730	635
A 5	830	715
A 6	845	730
A 7	935	810
A 8	960	820
A 9	1 085	915
A 10	1 225	1 030
A 11	1 375	1 145
A 12	1 570	1 290
A 13	1 650	1 360
A 14	1 785	1 475
A 15	2 005	1 640
A 16	2 200	1 770
B 3	2 270	1 770
B 6	2 560	1 965
B 9 und höher	2 880	2 155

Zur Stufe 2 gehören auch verheiratete Beamte, die mit ihrem Ehegatten keinen gemeinsamen Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung haben oder deren Ehegatte ebenfalls einen Anspruch nach § 45 oder entsprechenden für Arbeitnehmer geltenden Regelungen hat.

**Anwärtergrundbetrag
Anwärterverheiratenzuschlag**

(Monatsbeträge)

Eingangssamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vor- bereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag vor Vollendung des 26. Lebensjahres DM	Grundbetrag nach Vollendung des 26. Lebensjahres DM	Verheiraten- zuschlag DM
A 1 bis A 4	598	672	190
A 5 bis A 8	718	818	219
A 9 bis A 11	847	964	253
A 12	1 082	1 219	278
A 13	1 121	1 261	283
A 13 + Zulage (Artikel II § 6 Abs. 4 1. BesVNG) oder R 1	1 161	1 303	287

**Siebentes Gesetz
zur Änderung des Häftlingshilfegesetzes
(7. HHÄndG)**

Vom 6. August 1975

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Häftlingshilfegesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1969 (Bundesgesetzbl. I S. 1793), zuletzt geändert durch § 30 des Gesetzes über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation vom 7. August 1974 (Bundesgesetzblatt I S. 1881), wird wie folgt geändert:

§ 21 erhält folgende Fassung:

„§ 21

(1) Der Stiftungsvorstand besteht aus dem Vorsitzenden und drei weiteren Mitgliedern. Der Stiftungsrat wählt den Vorsitzenden und die weiteren Mitglieder des Stiftungsvorstandes auf die Dauer von zwei Jahren. Wiederwahl ist zulässig. Scheidet der Vorsitzende oder ein weiteres Mitglied des Stiftungsvorstandes vorzeitig aus, wird für den Rest seiner Amtszeit vom Stiftungsrat ein Nachfolger gewählt.

(2) Der Vorsitzende und die weiteren Mitglieder des Stiftungsvorstandes können nicht Mitglieder des Stiftungsrates oder deren Stellvertreter sein.

(3) Der Stiftungsvorstand führt die Geschäfte und vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich; das Nähere regelt die Satzung. Nach Ablauf seiner Amtszeit führt der Stiftungsvorstand die Geschäfte bis zum Zusammentritt des neu gewählten Stiftungsvorstandes weiter.

(4) Für die Beschlüsse des Stiftungsvorstandes gilt § 20 Abs. 5 entsprechend.“

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1975 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 6. August 1975

Für den Bundespräsidenten
Der Präsident des Bundesrates
Kubel

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister des Innern
Maihofer

Für den Bundesminister der Finanzen
Der Bundesminister
für Bildung und Wissenschaft
Helmut Rohde

Hinweis auf Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften,

die mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften unmittelbare Rechtswirksamkeit in der Bundesrepublik Deutschland erlangt haben

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften	
	— Ausgabe in deutscher Sprache —	
	vom	Nr./Seite
Vorschriften für die Agrarwirtschaft		
8. 7. 75 Verordnung (EWG) Nr. 1737/75 der Kommission zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen bei der Einfuhr	9. 7. 75	L 178/1
8. 7. 75 Verordnung (EWG) Nr. 1738/75 der Kommission über die Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen bei der Einfuhr für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden	9. 7. 75	L 178/3
8. 7. 75 Verordnung (EWG) Nr. 1739/75 der Kommission zur Festsetzung der durchschnittlichen Erzeugerpreise für Wein	9. 7. 75	L 178/5
8. 7. 75 Verordnung (EWG) Nr. 1750/75 der Kommission zur Festsetzung der Referenzpreise für Karpfen für das Wirtschaftsjahr 1975/1976	9. 7. 75	L 178/17
8. 7. 75 Verordnung (EWG) Nr. 1751/75 der Kommission zur Änderung von Anhang III der Verordnung (EWG) Nr. 1896/73 hinsichtlich der Anforderungen, denen das von den Interventionsstellen aufgekaufte Rindfleisch genügen muß	9. 7. 75	L 178/18
8. 7. 75 Verordnung (EWG) Nr. 1752/75 der Kommission zur Festsetzung der Abschöpfungen bei der Einfuhr von Weißzucker und Rohzucker	9. 7. 75	L 178/19
8. 7. 75 Verordnung (EWG) Nr. 1753/75 der Kommission zur Festsetzung des Grundbetrags der Abschöpfung bei der Einfuhr von Sirup und bestimmten anderen Erzeugnissen des Zuckersektors	9. 7. 75	L 178/20
8. 7. 75 Verordnung (EWG) Nr. 1754/75 der Kommission zur Änderung der für Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anzuwendenden Erstattungen	9. 7. 75	L 178/22
9. 7. 75 Verordnung (EWG) Nr. 1755/75 der Kommission zur Berichtigung der Ausgleichsbeträge und beweglichen Teilbeträge für das dritte Vierteljahr 1975 bei der Einfuhr von Waren, die Getreide enthalten und unter die Verordnung (EWG) Nr. 1059/69 fallen	10. 7. 75	L 180/1
Andere Vorschriften		
24. 6. 75 Verordnung (EWG) Nr. 1735/75 des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 803/68 über den Zollwert der Waren	14. 7. 75	L 183/1
24. 6. 75 Verordnung (EWG) Nr. 1736/75 des Rates über die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten	14. 7. 75	L 183/3
7. 7. 75 Verordnung (EWG) Nr. 1740/75 der Kommission über die Wiedereinführung des Zollsatzes für Baumwollgarne, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf, mit einer Lauflänge der Einfachfäden von 120 000 m oder mehr je kg, der Tarifstelle 55.05 B I, mit Ursprung in Entwicklungsländern, denen die in der Verordnung (EWG) Nr. 3046/74 des Rates vom 2. Dezember 1974 vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	9. 7. 75	L 178/7
7. 7. 75 Verordnung (EWG) Nr. 1741/75 der Kommission über die Wiedereinführung des Zollsatzes für Schlingengewebe (Frottiertergewebe) aus Baumwolle, der Tarifnummer 55.08, mit Ursprung in Entwicklungsländern, denen die in der Verordnung (EWG) Nr. 3046/74 des Rates vom 2. Dezember 1974 vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	9. 7. 75	L 178/8

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften	
	— Ausgabe in deutscher Sprache —	
	vom	Nr./Seite
7.7.75 Verordnung (EWG) Nr. 1742/75 der Kommission über die Wiedereinführung des Zollsatzes für andere als rohe Gewebe aus Baumwolle, der Tarifstelle 55.09 A ex I, mit Ursprung in Entwicklungsländern, denen die in der Verordnung (EWG) Nr. 3046/74 des Rates vom 2. Dezember 1974 vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	9.7.75	L 178/9
7.7.75 Verordnung (EWG) Nr. 1743/75 der Kommission über die Wiedereinführung des Zollsatzes für Unterkleidung (Leibwäsche) für Männer und Knaben, auch Kragen, Vorhemden und Manschetten, aus Baumwolle, der Tarifnummer ex 61.03, mit Ursprung in Entwicklungsländern, denen die in der Verordnung (EWG) Nr. 3046/74 des Rates vom 2. Dezember 1974 vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	9.7.75	L 178/10
7.7.75 Verordnung (EWG) Nr. 1744/75 der Kommission über die Wiedereinführung des Zollsatzes für Taschentücher und Zierlaschentücher, aus anderen Geweben als Baumwolle, der Tarifstelle ex 61.05, mit Ursprung in Indien, dem die in der Verordnung (EWG) Nr. 3046/74 des Rates vom 2. Dezember 1974 vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	9.7.75	L 178/11
7.7.75 Verordnung (EWG) Nr. 1745/75 der Kommission über die Wiedereinführung des Zollsatzes für Kammgarne aus Wolle, nicht in Aufmachungen für den Einzelverkauf, der Tarifstelle 53.07, mit Ursprung in Brasilien, dem die in der Verordnung (EWG) Nr. 3048/74 des Rates vom 2. Dezember 1974 vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	9.7.75	L 178/12
7.7.75 Verordnung (EWG) Nr. 1746/75 der Kommission zur Wiedereinführung des Zollsatzes für bestimmte Schweröle, zu anderer Verwendung, der Tarifstellen 27.10 C I c), C II c), C III c) d), mit Ursprung in Entwicklungsländern, denen die in der Verordnung (EWG) Nr. 3054/74 des Rates vom 2. Dezember 1974 vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	9.7.75	L 178/13
7.7.75 Verordnung (EWG) Nr. 1747/75 der Kommission über die Wiedereinführung des Zollsatzes für Schaf- und Lammleder, anderes, der Tarifstelle 41.03 B II, mit Ursprung in Entwicklungsländern, denen die in der Verordnung (EWG) Nr. 3054/74 des Rates vom 2. Dezember 1974 vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	9.7.75	L 178/14
7.7.75 Verordnung (EWG) Nr. 1748/75 der Kommission zur Wiedereinführung des Zollsatzes für Löffel, Schöpfkellen, Gabeln, Tortenschaufeln, Fischmesser, Buttermesser, Zuckerzangen und ähnliche Tischgeräte, aus rostfreiem Stahl, der Tarifstelle 82.14 A, mit Ursprung in Entwicklungsländern, denen die in der Verordnung (EWG) Nr. 3054/74 des Rates vom 2. Dezember 1974 vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	9.7.75	L 178/15
7.7.75 Verordnung (EWG) Nr. 1749/75 der Kommission zur Wiedereinführung des Zollsatzes für Gesellschaftsspiele der Tarifnummer 97.04, mit Ursprung in Hongkong, dem die in der Verordnung (EWG) Nr. 3054/74 des Rates vom 2. Dezember 1974 vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	9.7.75	L 178/16

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt 53 Bonn 1, Postfach 6 24, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 40,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1975 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 2,60 DM (2,20 DM zuzüglich —,40 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,— DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.